

**LTWP-3-582**

# **Programmantrag**

**Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen**

**Initiator\*innen:** Klaus-Peter Spohn-Logé (KV Rhein-Pfalz)

**Verfahrensvorschlag:** Erledigt durch: [LTWP-3-566](/ldv-bingen2025/motion/89872/amendment/94577)

**Titel:** **LTWP-3-582: ENTWURF  
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -  
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

## **Antragstext**

**Von Zeile 581 bis 586:**

Weiterbildung ein. Bei der Pflegeassistenz muss endlich die bundeseinheitliche, modulare Ausbildung kommen. ~~Wir bekennen uns zur Pflegekammer als Vertretung der professionellen Pflege. Um die notwendige Unterstützung unter den Pflegekräften zu bekommen, muss sie aber ihre Kommunikation und internen Abläufe verbessern. Weiterbildungsangebote für Pflegekräfte müssen zwischen Pflegekammer, Land und Arbeitgeber abgestimmt werden. Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz hat seit ihrem Bestehen nicht die erwartete Wirkung erzielt aber vor allem nicht die Akzeptanz unter den Pflegekräften gefunden. Nachdem in vielen Bundesländern die Beschäftigten in der Pflege in Abstimmungen sich gegen die Einrichtung von Pflegekammern mit Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen entschieden haben, sollte auch die Pflegekammer in Rheinland-Pfalz einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Wir befürworten eine faire und demokratische Befragung unter allen Pflegekräften, ob die Pflegekammer in Rheinland-Pfalz in der derzeitigen Form weiter bestehen soll.~~

## **Begründung**

In Rheinland-Pfalz wächst der Widerstand gegen die Pflegekammer in der jetzigen Form. Vor allem bemängelt werden die Pflichtmitgliedschaft und die Pflichtbeiträge. Häufig in unschöner Weise und manchmal nicht korrekt werden Beiträge eingetrieben. Finanziert werden durch die Pflichtbeiträge großzügige Entschädigungen für Funktionäre und der Unterhalt einer Geschäftsstelle. Die Wirkung der Pflegekammer als Vertretung der professionellen Pflegekräfte ist eher bescheiden, werden die materiellen Bedingungen für gute Pflege vor allem durch die Politik (Pflegeversicherung) und durch Gewerkschaften sowie Arbeitgeber (faire Tarifverträge) bestimmt. Eine Berufsordnung und Fortbildungsregelungen für Pflegekräfte werden wiederum nur als Zwang empfunden, wenn den in der großen Mehrzahl abhängig Beschäftigten in der Pflege alleine die Kosten dafür auferlegt werden.

Wir als Grüne sollten die Kritik ernst nehmen und den Pflegekräften in einer demokratischen Abstimmung die Möglichkeit geben, selbst darüber zu entscheiden, ob die Pflegekammer in der jetzigen Form weiter bestehen soll.

## **Unterstützer\*innen**

Siegfried Löhlau (KV Südliche Weinstraße), Felicitas Lehr (KV Pirmasens), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Matthias Anlag (KV Südliche Weinstraße), Helena Anlag (KV Südliche Weinstraße), Philine Loertzer (KV Kaiserslautern), Dirk Schrader (KV Bad Dürkheim), Julia Hager (KV Bad Dürkheim)